



## Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel

Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12

coordination@apartheid-reparations.ch

www.apartheid-reparations.ch

### Rundschreiben Nr. 24

Juni 2019

#### 1. 25 Jahre Freedom Day in Südafrika: Brief an Bundesrat zum *unfinished business*

Am 27. April 2019 wurde in Südafrika zum 25. Mal der *Freedom Day* begangen, welcher an die ersten freien Wahlen erinnert, die das Ende des Apartheidregimes herbeiführten. Die KEESA nahm diesen Jahrestag zum Anlass, um den Bundesrat in einem offenen Brief, welcher auch den Medien verschickt wurde, einmal mehr aufzufordern, die apartheidfreundliche Politik sowie die Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz zum Apartheidstaat umfassend aufarbeiten zu lassen. Dazu soll Zugang zu allen, diese Bereiche betreffenden Akten im Bundesarchiv gewährt werden, einschliesslich jener der Nationalbank und des Geheimdienstes. Ausserdem soll der Bundesrat auf einen Bundesbeschluss hinarbeiten, der es möglich machen würde, auch die Privatarhive der Forschung zugänglich zu machen.

Entgegen seiner Zusicherung hat der Bundesrat bis heute keine Stellung zu den bislang vorliegenden Forschungsergebnissen des NFP 42+ „Beziehungen Schweiz Südafrika“ bezogen. Die KEESA fordert im Brief den Bundesrat deshalb erneut auf, endlich Stellung zu beziehen. Ausserdem soll sich der Bundesrat im Namen der Schweiz für die damalige schweizerische Politik entschuldigen und Massnahmen zur Wiedergutmachung in die Wege leiten.

Mit Verweis auf ihre Neutralität war die offizielle Schweiz lange eine verlässliche Partnerin des Apartheidstaats. Beide Staaten unterhielten ausserdem gute wirtschaftliche Beziehungen in Bereichen wie Militär, Rüstung, Banken, atomare Forschung oder Chemie. Eine Umschuldungsaktion unter Leitung von Fritz Leutwiler 1985 verlängerte das vor dem Bankrott stehende Apartheidregime um einige Jahre. Zwar hat die südafrikanische Wahrheits- und Versöhnungskommission das Ausmass an schweren Menschenrechtsverletzungen aufgezeigt, die Komplizenschaft der Wirtschaft, namentlich der internationalen Unternehmen, blieb aber ausgeklammert und muss noch aufgearbeitet werden.

Neuere Forschung zur Apartheidzeit (van Vuuren) belegen, die zentrale wirtschaftliche und finanzielle Bedeutung, die dem internationalen Waffenhandel zukam, zu dem auch die Schweizer Banken ihren Anteil beitrugen. Die dabei entstandenen kriminellen und mafiösen Netzwerke, die den Staat unterwanderten, setzten ihre Aktivitäten in der Postapartheidära ungebrochen fort. Das heutige Südafrika ist trotz des politischen Wandels weiterhin durch diese korrupten Strukturen des Apartheidregime geprägt und ist mit einer de facto Plünderung des Staates konfrontiert (*state capture*).

In der Zwischenzeit hat der zuständige Bundesrat Cassis auf unseren Brief geantwortet. Er beschränkt sich auf eine allgemeine Aussage zu den aktuell guten Beziehungen zwischen Südafrika und der Schweiz, und verweist in der Frage des Zugangs zu den Akten des Bundesarchivs, dass die Aktensperre aufgehoben und der Zugang entsprechend dem Bundesgesetz zur Archivierung geregelt sei. Die Aufarbeitung der Beziehungen zwischen Schweiz und Südafrika betrachtet der Bundesrat mit dem NFP 42+ scheinbar als abgeschlossen.

#### 2. Südafrika, quo vadis? Wahlen im Mai und KEESA-Aktivitäten im Herbst

Am 8. Mai fanden in Südafrika Wahlen statt. Neu gewählt wurde die Nationalversammlung sowie die neun Provinzparlamente. Die Wahlen waren ein Test für den ANC, der nach der Zuma-Ära ein katastrophales Resultat befürchtete. Scheinbar konnte Cyril Ramaphosa als Übergangspräsident



## Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel  
Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12  
coordination@apartheid-reparations.ch  
www.apartheid-reparations.ch

nach dem erzwungenen Rücktritt von Jacob Zuma das Schlimmste verhindern, denn der ANC hat mit 57,5% der Stimmen die Wahl gewonnen. Trotzdem hat der ANC 19 Sitze in der Nationalversammlung verloren; das schlechteste Resultat seit dem Ende der Apartheid. Auch die zweitstärkste Partei, die Democratic Alliance (DA) hat an Stimmen verloren. Hingegen hat die Economic Freedom Fighter's (EFF) ihre Stimmenanteile von 6% auf 11% fast verdoppeln können. Vermutlich sind viele insbesondere jüngere Stimmen vom ANC zur EFF gegangen. Spektakulär schlecht sind die Wahlen für die neue NUMSA-nahe Partei Socialist Revolutionary Workers Party (SRWP) gelaufen, die gerade mal 0,14% der Stimmen holte.

Die Wahlbeteiligung erreichte ein historisches Tief von 67%. Besonders die unter 30-Jährigen und die BewohnerInnen von Townships liessen sich gar nicht erst registrieren. Eine sich schleichende Politikverdrossenheit ist in Südafrika zu beobachten, die die Tageszeitung Daily Maverick als äusserst gefährlich für die Demokratie einschätzt.

25 Jahren nach Ende des Apartheidregimes befindet sich Südafrika in einer sehr schwierigen Lage. Viele strukturelle Probleme der Apartheidzeit hat die junge Demokratie übernommen und bis heute nicht überwunden. Die KEESA gestaltet die nächste Nummer des Afrika-Bulletins zum Thema 25 Jahre demokratisches Südafrika, und plant im Spätherbst Veranstaltungen zum selben Thema durchführen.

Wir werden Sie nach dem Sommer weiter dazu informieren!

### 3. Van Vuuren-Lesereise: ein kurzer Rückblick

Anfangs Jahr fand die Lesereise mit Hennie van Vuuren zu seinem Buch „Apartheid, Guns, and Money“ statt. Zwischen dem 22. und 28. Januar diskutierte van Vuuren in Zürich mit Mascha Madörin, in Bern mit Jo Lang, in Genf mit Denise Bertschi und in Basel mit Mark Pieth über Aspekte seines Buchs. Die gut besuchten Veranstaltungen waren von Tim Zulauf/KMU Produktionen, Denise Bertschi/HES-Genève und der KEESA organisiert worden.

Während fünf Jahren recherchierte Hennie van Vuuren zusammen mit seinen KollegInnen der NGO „Open Secrets“ die Netzwerke von südafrikanischen und internationalen Akteuren, die während des Apartheidregimes die internationalen Sanktionen umgingen und von diesen profitierten. Dazu gehörten auch die Schweizer Grossbanken als zuverlässige Kapitalgeberinnen des Apartheidregimes und Zentralen des Goldhandels. Es gab Waffengeschäften (Bührle) oder das Geschäft mit dem Öl (Marc Rich). Hennie van Vuuren fand Dokumente, welche die ideologische Nähe vieler Banker, Politiker und Geschäftsmänner offenbaren oder Dokumente, welche die Sitzverlegung der heute UBS ins Apartheid-Südafrika bspw. im Falle eines Krieges vorsahen.

In den Diskussionen wurde deutlich, dass viele dieser Netzwerke heute weiterbestehen, und das heutige Südafrika prägen: Korruption, Staatsplünderung, strukturelle Ungleichheiten sind einige der Folgen. Hennie van Vuurens Arbeit „Apartheid, Guns, and Money“ ist ein erster Schritt, um mehr Klarheit über diese Verbindungen und Machenschaften, auch bezüglich von Akteuren in der Schweiz, zu schaffen.



## Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel

Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12

coordination@apartheid-reparations.ch

www.apartheid-reparations.ch

### 4. Mosambik: das Budget Monitoring Forum FMO in der Schweiz und an der Credit Suisse GV

Seit längerem verfolgt die KEESA die Schuldenkrise Mosambiks, ausgelöst durch den Kreditskandal in welchem unter anderem die Credit Suisse involviert ist.

Das Budget Monitoring Forum (Fórum de Monitoria do Orçamento FMO), ein loser Zusammenschluss verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen Mosambiks, hat nach der Festnahme des ehemaligen Finanzministers Chang (wir berichteten im Rundschreiben Nr. 23) ihre Kampagne und auch die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern intensiviert. Anlässlich der Generalversammlung der Credit Suisse am 26. April kam eine Delegation des FMO in die Schweiz. Das FMO suchte deshalb den Kontakt zu mehreren Schweizer NGO. Die KEESA hat zusammen mit Actares, Attac Schweiz, Helvetas, Kovi-Netzwerk Bern, MultiWatch und Public Eye (Regionalgruppen Bern und Zürich) Veranstaltungen in Zürich, Basel und Bern organisiert. Denise Namburete, Koordinatorin des FMO, und Paula Monjane, FMO-Mitglied, haben dabei die schwerwiegenden Auswirkungen der massiven Budgetkürzungen – eine direkte Folge des Kreditskandals – im Bereich Gesundheit oder Bildung für die mosambikanische Bevölkerung beschrieben. Zusätzlich wurde das Land von Zyklonen schwer getroffen.

Dem FMO geht es darum, die Verantwortlichen des Kreditskandals – involvierte Banken, Firmen und PolitikerInnen – zur Rechenschaft zu ziehen. Dazu will das FMO mit internationalen Partnerorganisationen, wie der KEESA, zusammen arbeiten, denn der Fall Mosambik zeigt, dass es sich um strukturelle Probleme handelt, die weitere Länder betreffen. Die Frage zu welchen Bedingungen Kredite erteilt werden und wer für diese Kredite verantwortlich ist, muss international gelöst werden.

Im Falle des in Südafrika verhafteten, ehemaligen mosambikanischen Finanzministers Chang ist weiterhin offen, ob er nach Mosambik zurück kann oder in die USA ausgeliefert wird. In London wurden drei ehemalige Mitarbeitende der Credit Suisse festgenommen und angeklagt: Detelina Subeva, Surjan Singh and Andrew Pearse. Subeva hat sich in der Zwischenzeit für schuldig erklärt und zugegeben, dass Schmiergelder für mosambikanische Politiker und für involvierte Unternehmen (Prinvest) geflossen sind. Mosambik hat die Credit Suisse und Prinvest in London angeklagt, Prinvest ihrerseits hat in Genf und Paris eine Klage gegen Mosambik und drei involvierte Firmen eingereicht.

In der Schweiz laufen in diesem Falle Untersuchungen der Finma, wo diese stehen ist unklar, da es von der Finma keine Auskunft gibt. Public Eye hat Ende April ein Anzeige gegen Credit Suisse bei der Bundesanwaltschaft eingereicht. Diese soll nun prüfen, ob die CS ihren organisatorischen Pflichten zur Überwachung der Tochtergesellschaft und zur Verhinderung illegaler Verhaltensweisen nachgekommen ist. Ausführlichere Informationen zu den Ereignissen der letzten Monate und weitere Informationen zum Besuch des FMO in die Schweiz finden Sie im Infosperber-Artikel <https://www.infosperber.ch/Artikel/Wirtschaft/CS-Chefs-schoben-an-der-GV-Verantwortung-im-Mosambik-Skandal-ab>.

Am 3. Juni hat der mosambikanische Verfassungsrat über eine Petition des FMO entschieden, welche forderte, die drei Kredite und die damit verbundenen Staatsgarantien für illegal zu erklären. Der Rat hat den Ematum-Kredit für illegal erklärt, womit die Staatsgarantie hinfällig wird. Eine neue Ausgangslage für alle Akteure.



## Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel

Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12

coordination@apartheid-reparations.ch

www.apartheid-reparations.ch

### 5. Brief und Petition an die Credit Suisse: Schulden streichen!

In der Zwischenzeit wurde Mosambik von zwei Zyklonen, Idai und Kenneth, heimgesucht, welche insbesondere in der Region rund um die Hafenstadt Beira verheerende Schäden anrichteten und zahlreiche Todesopfer forderten. Die KEESA hat zusammen mit Helvetas, terre des hommes schweiz und Solidar Suisse die Credit Suisse aufgefordert, angesichts dieser Katastrophe, die Schulden zu streichen und die Gebühren an Mosambik zurückzuzahlen. Credit Suisse hält in ihrer Antwort fest, dass sie keineswegs 100 Millionen einkassiert habe – der Kroll-Bericht schätzt die Summe gar auf 200 Millionen – sondern „nur“ 25 Millionen. Ausserdem habe sich die Credit Suisse konstruktiv für eine Lösung des Kreditskandals eingesetzt, und setze sich für mehr Transparenz in der Kreditvergabe ein. Welche konkreten Schritte dafür vorgesehen sind, erklärt sie im Antwortschreiben nicht.

In der Woche nach der GV der Credit Suisse lancierte das FMO, Helvetas, Public Eye und terre des hommes schweiz zusammen mit der KEESA eine Petition an die CS mit den erwähnten Forderungen. **Die Petition kann Online hier unterschrieben werden:** <https://www.change.org/p/credit-suisse-credit-suisse-soll-dem-katastrophenbetroffenen-mosambik-die-schulden-erlassen>

### 6. Lonmin-Sibanye-Stillwater-Deal geht weiter, AMCU gerät unter Druck und BASF-AGM

In einer schwierigen Situation befindet sich die stärkste Gewerkschaft in Südafrikas Platinminen, die Association of Mineworkers and Construction Union (AMCU). Ende April wurde sie vom Arbeitsministerium informiert, dass ihr die Aberkennung als Gewerkschaft droht, weil AMCU seit 2013 keinen Kongress mehr abgehalten hat. Für einige Medien und für die AMCU selber wirft der Zeitpunkt, welcher das Arbeitsministerium gewählt hat, die Frage auf, ob nicht politische Überlegungen hinter dieser Drohung stehen. AMCU führt seit Juni die Lohnverhandlungen im Platinsektor. Ende Mai erging auch an die ANC-kritische National Union of Metalworkers of South Africa (NUMSA) die Drohung der Aberkennung. Auch sie begründet diese Drohung mit politischen Motiven.

Währenddessen geht die Übernahme des Bergbauunternehmens Lonmin (Marikana) durch Sibanye-Stillwater weiter (siehe Rundschreiben 22 und 23), da der *Competition Appeal Court* (Berufungsgericht Wettbewerbskommission) im Mai gegen die Einsprache der AMCU entschieden hat. Einige Investoren argumentieren nun, dass das Übernahmeangebot von Sibanye von rund 4 Milliarden Rand aufgrund der wieder steigenden Metallpreisen zu tief sei.

Ende Mai fand die ausserordentliche Aktionärsversammlung von Lonmin statt. Das Marikana Solidarity Collective hielt eine Stunde vor der Versammlung ein Peoples' Tribunal ab. Lonmin hat beispielsweise den Sozial- und Arbeitsplan für Marikana immer noch nicht umgesetzt, und wurde für seine Rolle beim Marikana-Massaker bis heute nicht zur Rechenschaft gezogen.

Einmal mehr stellt die *Plough Back the Fruit Campaign* (Marikana), der auch die KEESA angehört, an der BASF-Aktionärsversammlung Anfangs Mai kritische Fragen zu den BASF Geschäftsbeziehungen mit Südafrika, insbesondere zu Lonmin. VertreterInnen der Kampagne forderten BASF auf, in ihrem Vertrag mit Sibanye-Stillwater als künftige Besitzerin der Platinminen,



## Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika

KEESA, c/o FEPA, Postfach 195, 4005 Basel

Tel. 061 681 80 84 Fax 061 683 43 12

[coordination@apartheid-reparations.ch](mailto:coordination@apartheid-reparations.ch)

[www.apartheid-reparations.ch](http://www.apartheid-reparations.ch)

auf eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der MinenarbeiterInnen zu bestehen, wenn sie sich wirklich für Unternehmensverantwortung einsetze. Das Buch „Zum Beispiel BASF – Über Konzernmacht und Menschenrechte“ kann weiterhin bei der KEESA bestellt werden! Mail an [coordination@apartheid-reparations.ch](mailto:coordination@apartheid-reparations.ch).

### 6. Sambia: Kräftermassen zwischen Präsident Lungu und den grossen Minenfirmen

Seit Januar gelten in Sambia höhere Förderabgaben im Bergbau und ausserdem ist ein neues Besteuerungssystem für den Kupferabbau in Planung. Das führte erneut zu Spannungen zwischen der Regierung und den grossen Minenfirmen, namentlich KCM/Vedanta und Mopani/Glencore. Die Minenfirmen liessen verlauten, dass höhere Abgaben dazu führten, dass gewisse Minen nicht mehr profitabel wären und geschlossen werden müssten. Eine Drohung, die sie bereits in der Vergangenheit eingesetzt haben, um die Regierung unter Druck zu setzen. Mopani hat im Mai denn auch prompt die Schliessung von zwei Schächten angekündigt, weil sie angeblich „am Ende ihre Wirtschaftlichkeit“ stehen, was zur Folge hat, dass hunderte von Minenarbeiter ihre Stelle verlieren. Präsident Lungu forderte daraufhin, dass Experten die Schächte untersuchen, um Mopanis Aussagen nachzuprüfen. Lungu hat wenige Tage danach angekündigt die Konkola Copper Mines (KCM), die aktuell in Vedantas Besitz ist, an neuen Investoren weiterzugeben, da Vedanta ihn seit Jahren „über ihre Profite anlügt“. Wie weit Lungu tatsächlich diesen Prozess mit KCM vorantreiben wird, muss sich zeigen. Die sambische Regierung steht jedoch stark unter Druck, mehr Einnahmen zu generieren, da die Schuldenkrise in Sambia verheerende Ausmasse annimmt.

Und noch eine letzte vielversprechende Nachricht aus Sambia bzw. Grossbritannien: 1'800 sambische DorfbewohnerInnen wollten in Grossbritannien gegen KCM/Vedanta klagen, weil KCM ihr Wasser verschmutzt habe. Das Oberste Gericht hat die Klage gegen KCM/Vedanta in Grossbritannien zugelassen. Gerade im Kontext der Diskussionen um Konzernverantwortung ein interessanter Fall, den wir weiter beobachten werden.

### 7. In eigener Sache

In der Jahresversammlung im März beschloss die KEESA dieses Jahr drei Themen weiterzuführen beziehungsweise anzugehen: Die Rolle von Schweizer Firmen im sambischen Kupferhandel; den Kreditskandal in Mosambik und die Rolle der Credit Suisse; sowie 25 Jahre demokratisches Südafrika.

Aufgrund dieser grossen Arbeitsbelastung, entschied die KEESA die Koordinationsstelle von 15% auf 20% zu erhöhen. Auch so kann die Arbeit weiterhin nur mit freiwilligem Engagement der Koordination und des Ausschusses und durch Kooperation mit befreundeten Personen und Organisationen ausgeführt werden.

**Und die KEESA ist auf Ihre Spende angewiesen. Die Finanzierung der KEESA bleibt schwierig. Helfen Sie uns, die Kampagne weiterzuführen!**

**Wir danken Ihnen herzlich für Ihr Interesse und Ihre bisherige Unterstützung.**

Aurora García, Koordinatorin KEESA